



Eine demokratische Wahl macht noch kein demokratisches Land: Die Ergebnisse der Parlamentswahlen in Togo

Jan Niklas Engels

- Mit einem überwiegend friedlichen und geregelten Verlauf der Parlamentswahlen vom 14. Oktober 2007 hat Togo einen wichtigen Demokratietest bestanden. Allerdings spiegelt das Wahlergebnis aufgrund der Zuschneidung der Wahlkreise und der politischen Spaltung des Landes nicht wirklich die politischen Verhältnisse wieder und könnte somit zu einer Verschärfung der innenpolitischen Krise führen.
- Klarer Sieger der Wahl ist die Regierungspartei RPT der Präsidentenfamilie Gnassingbé. Sie konnte 50 der 81 Parlamentssitze erringen. Die traditionell wichtigste Oppositionspartei UFC wurde mit 27 Abgeordneten die zweitstärkste Fraktion. Daneben konnte nur noch die Partei CAR des Premierministers,Yawovi Agboyibo, vier Sitze erringen. Das Wahlergebnis zeigt klar den politischen Konflikt zwischen dem RPT-dominierten Norden und dem UFC-dominierten Süden des Landes auf. Die Mehrheitsverhältnisse sind dabei nicht so klar, wie das Ergebnis suggeriert, da die beiden Hauptparteien in absoluten Zahlen fast die gleiche Stimmenanzahl erreicht haben.
- Ein Fortschreiten des Demokratisierungsprozesses in Togo hängt nun davon ab, ob möglichst alle wichtigen politischen Kräfte des Landes in die Regierung eingebunden werden oder ob die politische Spaltung des Landes verschärft wird. Denn der wirkliche Demokratietest steht Togo mit den nächsten Präsidentschaftswahlen erst bevor.

Nach den katastrophal verlaufenen Präsidentschaftswahlen im Jahr 2005 bei denen nach Angaben der Vereinten Nationen zwischen vier- und fünfhundert Menschen bei Unruhen ihr Leben verloren hatten und Faure Gnassingbé als Nachfolger seines Vaters im Präsidentenamt installiert wurde, stand mit den Parlamentswahlen 2007 der nächste Demokratietest für Togo an.

Die Chancen für ein Gelingen der Wahlen standen aus mehreren Gründen recht gut. So wurden die Wahlen oftmals als die wichtigste **Vorbedingung** für die **Wiederaufnahme der EU-Entwicklungskooperation** dargestellt. Togo ist hoch verschuldet und die wirtschaftliche Entwicklung lässt sehr zu wünschen übrig. Ein verstärktes Engagement der Geberorganisationen steht daher ganz oben

auf der Wunschliste der politischen Führung des Landes.

Zweitens versucht sich der junge Staatspräsident Faure Gnassingbé als moderner und demokratischen Entwicklungen aufgeschlossener Staatsführer zu präsentieren. So bildete er eine **Regierung der nationalen Einheit** unter Beteiligung einiger Parteien der „radikalen Opposition“, aber ohne die Hauptoppositionspartei UFC, und Vertretern der Zivilgesellschaft. Mit diesem Aufbruchsignal trat Faure aus dem Schatten seines Vaters, Gnassingbé Eyadema, der Togo 38 Jahre lang autokratisch regiert hatte.

Durch die Vermittlung des Staatspräsidenten von Burkina Faso, Blaise Compaoré, einigten sich Opposition, darunter auch die Union des forces de Changement (UFC), und Regierung am 20. August 2006 auf eine „**Allgemeine politische Vereinbarung**“ die Parlamentswahlen für das Jahr 2007 vorsahen.

Als weiterer Grund für ein Gelingen demokratischer Parlamentswahlen muss auch auf die recht **geringe Bedeutung des Parlamentes** in Togo verwiesen werden. In dem Präsidialsystem nach französischen Vorbild hat bisher das Parlament kaum eine wichtige Rolle in der togoischen Politik gespielt. Und auch in der jüngeren Geschichte des Landes wurde den Parlamentswahlen zumeist ein demokratischer Ablauf bescheinigt. Dies mag aber auch daran gelegen haben, dass die Mehrheit der Oppositionsparteien die Parlamentswahlen zumeist boykottiert hatte.

Durch das bereits erwähnte Abkommen zwischen allen politischen Kräften des Landes und die allgemein großen Hoffnungen auf einen demokratischen Verlauf konnte die Teilnahme aller wichtigen Parteien sichergestellt werden. Insgesamt kandidierten für die 81 Parlamentssitze über 2.000 Kandidaten auf 395 Wahllisten.

Aufgrund des allgemeinen großen Misstrauens zwischen den verschiedenen Parteien, die auch in der unabhängigen Wahlkommission CENI vertreten waren, verzögerten sich die

Wahlvorbereitungen. Der ursprüngliche Wahltermin vom 24. Juni musste mehrmals verlegt werden, doch am 14. Oktober 2007 konnte am Ende tatsächlich gewählt werden.

Mit einem bereits in der demokratischen Republik Kongo erprobten Verfahren wurden computerisierte Wählerlisten erstellt und fälschungssichere Wählerkarten herausgegeben. Internationale Geber unterstützten die Wahldurchführung mit ca. 18,3 Millionen Euro. Insgesamt sollen die Wahlen rund 25 Millionen Euro bei knapp drei Millionen Wahlberechtigten gekostet haben.

Der große Aufwand und die mehrmaligen Verschiebungen des Wahltermins scheinen sich rentiert zu haben. Die über 3.500 registrierten nationalen und internationalen Wahlbeobachter bescheinigten einen im Großen und Ganzen **demokratischen Ablauf** der Wahlen. Im Gegensatz zu den Präsidentschaftswahlen des Jahres 2005 liefen die Wahlen geregelt und nach demokratischen Grundsätzen ab. Dennoch wurde eine Reihe von **organisatorischen Pannen**, wie die oftmals nichtausreichende Anzahl von Stimmbriefmarken, verzeichnet. Dies führte zu größeren Problemen bei der Auszählung der Stimmen und einer Vielzahl von Einsprüchen.

Erst am 30. Oktober 2007 verkündete daher das Verfassungsgericht das offizielle Ergebnis der Parlamentswahlen. Bei einer **Wahlbeteiligung** von **85%** konnte die Regierungspartei **RPT** (Rassemblement du peuple togolais) **50 der 81 Sitze** erringen und hat damit eine klare absolute Mehrheit erhalten. Nur an der verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit ist sie knapp gescheitert.

Zweitstärkste Kraft im Parlament wird die oppositionelle **Union des forces de Changement** (UFC). Sie erzielt vorwiegend im Süden des Landes **27 Parlamentssitze**. Daneben schafft nur noch die Partei des amtierenden Premierministers Yawovi Agboyibo, das **Comité d'action pour le renouveau** (CAR) den Sprung ins Parlament. Sie erhält alle drei Sitze des Wahlkreises Yoto sowie einen weiteren Sitz im Wahlkreis Vo. Alle anderen

Parteien, die teilweise auch in der Regierung mit wichtigen Ministerämtern vertreten sind, bspw. Außenminister Zarifou Ayeva der PDR (Parti pour la démocratie et le renouveau) oder der Energieminister Prof. Léopold Gnininvi der CDPA (Convention démocratique des peuples africains), konnten keinen Parlamentssitz gewinnen.

Dieses Wahlergebnis spiegelt auch in den Augen der meisten Togoer nicht die politischen Verhältnisse des Landes wieder und führte zu reflexartigen Vorwürfen der Wahlfälschung. Doch nimmt man die Berichte der Wahlbeobachter über einen vorwiegend ordnungsgemäßen Ablauf ernst und sieht man von Verzerrungen aufgrund organisatorischer Pannen und einzelner Wahlmanipulationen ab, lassen sich folgende Erklärungen für die Ergebnisse finden:

- 1) **Die Parteien sind ungleich stark.** Während die Partei Rassemblement du peuple togolais (RPT) des Staatspräsidenten sich in über 40 Jahren an der Macht im ganzen Land gut verwurzeln konnte und auf zahlreiche einflussreiche und wohlhabende Unterstützer zählen kann, sind die Oppositionsparteien personell und finanziell ausgezehrt. Auch verstand es die RPT einige neue Kandidaten aufzustellen, um glaubhaft einen (demokratischen) Wandel, aber ohne das Risiko eines Machtwechsels, zu suggerieren.
- 2) **Das Wahlsystem hat zu einer Verzerrung der Ergebnisse geführt.** Betrachtet man die absoluten Stimmzahlen der einzelnen Parteien, so zeigt sich, dass die Union des forces de Changement (UFC) mit insgesamt 867.507 Stimmen nur knapp hinter der RPT mit 922.636 Stimmen¹ liegt. Aufgrund des Wahlsystems bei dem nur innerhalb der (unterschiedlich großen) Wahlkreise zwei bis fünf Sitze nach proportionalem

Stimmanteil verteilt wurden, konnten viele Stimmen nicht in Parlamentssitze umgewandelt werden. Während beispielsweise im Wahlkreis Bassar 48.192 Wähler über die Verteilung von drei Parlamentssitzen abstimmen konnten, verfügten im Wahlkreis Zio 130.130 Wähler über die selbe Anzahl von Volksvertretern. Da die Wahlkreise mit geringer Anzahl von Wahlberechtigten eher im dünn besiedelten Norden liegen, konnte die RPT von diesem Ungleichgewicht stärker profitieren als andere Parteien.

- 3) **Die Spaltung des Landes unterstützt die Bildung von zwei politischen Blöcken.** Das schlechte Abschneiden der kleinen Parteien zeigt, dass sich die Wähler in erster Linie zwischen der Partei des Präsidenten, Faure Gnassingbé, RPT und der Partei UFC unter der Führung des Oppositionspolitikers Gilchrist Olympio entschieden haben. Gilchrist Olympio ist der Sohn der früheren Staatspräsidenten Sylvanus Olympio, der 1963 bei einem Putsch unter Beteiligung von Eyadema Gnassingbé, der 1967 Staatspräsident wird, ermordet wurde. In gewisser Weise führen beide den Kampf ihrer Väter fort. Seit über 40 Jahren kristallisiert sich der politische Machtkampf in Togo in den beiden Familien Gnassingbé aus dem Norden und Olympio aus dem Süden des Landes. In dieser Dichotomie scheint kein Platz für weitere Parteien, außer sie verfügen über eine klare regionale Wählerhochburg und wichtige politische Vertreter, wie die CAR des Premierministers.

Eine demokratische Wahl macht noch kein demokratisches Land. So erfreulich der demokratische Verlauf der Parlamentswahlen in Togo ist, so besorgniserregend ist die Analyse der Wahlergebnisse:

¹ Eigene Berechnungen auf Grundlage der provisorischen Ergebnisse der Wahlkommission CENI.

Während die Wähler im Norden sich hauptsächlich für die Partei des Staatspräsidenten entschieden haben, konnte die Opposition im Süden die meisten Stimmen holen. Bei einer Verschärfung des Konfliktes könnte dies zu einer Spaltung des Landes führen.

Die Sitzverteilung im Parlament spiegelt nicht die wahren Kräfteverhältnisse wieder. Auch ist nicht zu erwarten, dass sich das Parlament unter RPT-Führung zu einem wichtigen politischen Akteur in Togo aufschwingen wird. Wie werden die unterlegenen Parteien mit dieser Situation umgehen? Welche Rolle werden zukünftig die nicht im Parlament vertretenen Parteien spielen?

Faure Gnassingbé hat frühzeitig angekündigt, dass er auch im Falle eines Wahlsieges der RPT eine **Regierung der nationalen Einheit** fortsetzen will. Auch scheinen die Chancen für einen Einstieg der UFC in die Regierung gut zu stehen. In der Tat erscheint dieser Ansatz für eine weiterhin positive Entwicklung bei den Demokratisierungsbemühungen in Togo richtig.

Der **wahre Demokratietest** – und dies sollte auch letztendlich die Kondition für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der EU und Togo sein – werden die nächsten **Präsidentenschaftswahlen** sein. Trotz aller vorsichtigen politischen Öffnungsversuche wird Togo weiterhin von dem Clan der Familie Gnassingbé regiert. Es ist fraglich, ob bei einem drohenden Verlust der Macht der Weg der Demokratisierung, sprich demokratische Präsidentschaftswahlen, weiterhin begangen wird. Eine Regierung der nationalen Einheit kann bei der Vorbereitung dieser Wahlen wie auch bei einer Annäherung der verfeindeten politischen Lager einen wichtigen und konstruktiven Beitrag leisten.

Bei aller berechtigten Skepsis und Kritik gegenüber dem nicht demokratisch legitimierten Staatspräsidenten sollte seine Politik des gesellschaftlichen Konsens und der Einbindung aller politischen Kräfte unterstützt werden. Hier sind auch die sogenannten **Geberländer** gefragt, die aufgrund der geglückten Parlamentswahl nicht übereilig die Frage der Demokratisierung Togos als geklärt abhaken sollten. Nicht alle Mitglieder des RPT-Führungsclans scheinen mit der Politik des Staatspräsidenten uneingeschränkt einverstanden zu sein. So wird auch oftmals als Alternative zum moderaten Faure Gnassingbé sein Bruder und bisheriger Verteidigungsminister, **Kpatcha Gnassingbé** genannt. Dieser wurde gerade im Wahlkreis Kozah zum Abgeordneten gewählt und gilt als Favorit für das Amt des Parlamentspräsidenten, welcher bei einer Vakanz des ersten Amtes im Lande laut Verfassung als Interims-Staatspräsident eingesetzt würde.

Der Demokratisierungsprozess in Togo hat begonnen, doch steht er weiterhin erst am Anfang. Die Euphorie über die geglückten Parlamentswahlen darf daher nicht von den weiterhin großen innenpolitischen Problemen des Landes ablenken. Nur durch einen gesellschaftspolitischen Konsens kann die innere Spaltung des Landes überwunden werden. Hierbei sollten die Länder der Region wie auch die verschiedenen Geberorganisationen konstruktiv unterstützend mitwirken.

Zum Autor:

Jan Niklas Engels ist Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Benin.

Kontakt in Deutschland:
Uta Dirksen
Friedrich-Ebert-Stiftung
IEZ/Referat Afrika
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

Tel.: 0228/883-590

Fax: 0228/883-623

E-Mail: uta.dirksen@fes.de